

Saale-Zeitung.

Dezemberheftiger Jahrgang.

Angaben... Redaktionen und Druck-Geschäftsstellen...

Nr. 245.

Halle a. S., Freitag, den 28. Mai.

1909.

Auf dem Wege zum Kulturstaat.

Eine Unterredung mit Major Hakkı Bey.

Der Militärattaché bei der türkischen Botschaft in Wien, Generalstabsmajor Hakkı Bey, der gestern aus Konstantinopel nach Wien zurückgekehrt ist, hat sich einem Mitarbeiter der 'Neuen Freien Presse' gegenüber über die gegenwärtige Lage in der Türkei ausgesprochen.

'Wir haben', sagte er, 'in zehn Tagen 25 000 Mann für einen ernstlichen Kampf organisiert, ausgerüstet, auf der Eisenbahn nach Konstantinopel transportiert und die Hauptstadt im Sturm genommen.'

In Madagdenon wurde die Ruhe bisher nirgendes gestört, in Albanien haben die Reste des liberalen Komitees mit Hilfe einiger Reaktionsäre allerdings versucht, der neuen Ordnung der Dinge und der Wiederherstellung des jungtürkischen Regimes Widerstand entgegenzusetzen.

Auch in den Beziehungen zu unseren unmittelbaren Nachbarn ist eine erfreuliche Besserung eingetreten. Die Türkei steht heute am Beginn eines gewaltigen geistigen und materiellen Aufschwungs.

Die im Zuge befindliche Reorganisation der Gendarmerie wird auch in dieser Hinsicht durch Erweiterung und Erhöhung der Intensität des polizeilichen Sicherheitsdienstes Wandel schaffen.

Auch die Neuordnung und der geplante Ausbau der inneren Organisation der Armee wird eine Sandbude bieten, dem Bandenwesen zu steuern. Die Durchsichtung der in Aussicht genommenen Armeeform wird dem Generaloberst von der Goltz übertragen werden, dem ein Stab höherer, durch die deutsche Armee gegangener Generale unseres Heeres beigegeben werden wird.

auf ähnliche Schwierigkeiten stoßen, wie sie ihm unter dem alten Regime auf Schritt und Tritt begegneten.

Die Entwicklung der Armee wird sich gänzlich losgelöst von der Politik vollziehen. Das jungtürkische Komitee selbst legt den größten Wert darauf, daß die Armee nicht in den Bannkreis der Politik gezerrt und zu einem Politikum werde.

Europa kann auf die damit dem einmütigen Zusammenwirken von Armee und Volk wiederhergestellte Ordnung in der Türkei und die fernere Entwicklung unseres Staates mit der Ueberzeugung blicken, daß die Türkei auf dem Wege ist, ein Kulturstaat zu werden.

Deutsches Reich.

Die Branntweinliebesgabe in der Finanzkommission.

Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung der Finanzkommission, die wie bereits telegraphisch berichtet, die Annahme der Branntwein-Liebesgabe brachte, wird gemeldet:

Die Kommission verhandelte zunächst über den wichtigen § 2 des Branntweinsteuergesetzes, der die Höhe der Verbrauchsabgabe und die Spannung zwischen Kontingent und Superkontingent, die sogenannte Liebesgabe, festsetzt.

In der ersten Lesung wurde durch Mehrheitsbeschluß der Konservativen und des Zentrums die Verbrauchsabgabe innerhalb des Kontingents auf 1,15 Mark, außerhalb des Kontingents auf 1,35 Mark für das Bier Alkohol bemessen. Das bedeutet die dauernde Aufrechterhaltung der bisherigen Spannung von 20 Mark beim Fekstliter.

Abg. Dietrich beantragte für den Fall der Aufrechterhaltung der 20-Mark-Spannung die Befestigung des Kommissionsbeschlusses erster Lesung, der für die nächsten drei Jahre die Entnahme von je 10 Millionen Mark aus der Verbrauchsabgabe für Denaturierungszwecke vorsieht.

Der Vorstand stellte sich ausdrücklich auf den Standpunkt der Reichsregierung, daß zur Deckung des jährlichen Mehrbedarfs von 10 Millionen Mark durch Besteuerung des Budgets aufgebracht werden müßten, allerdings sollten aber auch die vorgeschlagenen Steuern auf erhebliche Genuß-

lassen, Abg. Sieg (natl.) spricht seine Freude über die ruhende Einmütigkeit der Referatstaaten aus, kann aber nicht anerkennen, daß die hohe Spannung von 20 Mark als eine notwendige Ergänzung des bestehenden Referatgesetzes anzusehen wäre.

Die Abstimmung ergibt unter Ablehnung sämtlicher anderen Anträge gegen die Stimmen der Linken die Annahme des Antrages Dietrich. Damit ist bei einem Gage von 1,05 und 1,25 Mk. die Spannung von 20 Mark dauernd aufrecht erhalten.

Zur Beanfahndung zweier freisinniger Mandate

nämlich der Landtagsabgeordneten Büchtemann und Wagner für Hirschberg-Schönau wird der 'Voll. Ztg.' geschrieben:

Beide sind mit 192 gegen 180 Stimmen, also mit je 5 Stimmen über die absolute Mehrheit, gewählt worden. Die Kommission empfiehlt Beweiserhebung darüber, ob in einem Urwahlbezirk die Urwähler der 1. und 2. Abteilung vom Wahlvorsteher aufgefordert sind, während der Wahl der 3. Abteilung das Wahllokal zu verlassen, ob ein Kaufmann in Erdmannsdorf einer größeren Zahl von Wählern die ihm als Arbeitsehrer unterstellt waren, und in den von ihm verwalteten Kammerhäusern wohnen, mit Genehmigung der Arbeit und Kündigung der Wohnungen für den Fall gedroht habe, daß sie nicht freisinnig wählen sollten, ferner, ob in einem anderen Urwahlbezirk eine ungebührliche Beeinflussung dadurch stattgefunden hat, daß ein Fabrikbesitzer seinen Arbeiter befohlen habe, zur Wahl zu gehen und die freisinnigen Wähler Männer zu wählen, oder ob der Fabrikbesitzer den ihm wegen der Wahl befragenden Arbeitern erklärt habe, er könne ihnen keinen Part erteilen, sie müßten selbst wissen, was sie zu tun hätten.

Vom Rhein-Weser-Keine-Kanal.

Der Bau des Rhein-Weser-Keine-Kanals wird auf der Strecke zwischen Weser und Rheine im Laufe des Sommers bestimmt in Angriff genommen werden. Mit den Erdarbeiten wird nach dem 'Damm. Cour.' zunächst auf einer in den Kreisen Neuland a. R. und Rinteln gelegenen 20 Kilometer langen Strecke begonnen werden; die Ausfüllung und Verbindung der Ausführung dieser Arbeiten an Unternehmer ist schon für die nächste Zeit zu erwarten.

Zwist in den Reihen der Landwirte.

Eine Abordnung des Bundes der Landwirte für Schleswig-Holstein ist weit zurzeit in Berlin, um den Herren Dr. Köstke und Dr. Hahn ein Nachgeben in Sachen der Finanzreform aus Herz zu legen. Die schleswig-holsteinischen Agrarier drohen im anderen Falle mit ihrem Austritt aus dem Bunde und mit einem Unsaftbarkeit in der Richtung der Nationalliberalen.

Der Vorstand bittet die deutsch-konservative Reichstagsfraktion, das Zustandekommen der Reichsfinanzreform im Rahmen der Verfassungspolitik zu beschleunigen und zu diesem Zwecke erforderlichen Falles auch einer das Kinbeserke treffenden Ergänzung der Steuer zu zustimmen unter der Voraussetzung, daß die Nachteile des Mittelstandes gehoben werden, und daß Bürgschaften gegen spätere Verschärfungen geschaffen werden.

Der Vorstand stellte sich ausdrücklich auf den Standpunkt der Reichsregierung, daß zur Deckung des jährlichen Mehrbedarfs von 10 Millionen Mark durch Besteuerung des Budgets aufgebracht werden müßten, allerdings sollten aber auch die vorgeschlagenen Steuern auf erhebliche Genuß-

mittel in ihrem vorgeesehenen Betrage nicht geführt werden. Endlich wird dem „E.“ aus Dresden gemeldet, daß ein großer Teil der sächsischen Konservativen, unter ihnen die Führer, auch heute noch eine Erbansfallener mit Ausbedingung auf Kinder und Ehegatten beizubehalten.

Deutschfeindliche Heereien in Rußland.

Wie vor einigen Tagen bereits mitgeteilt, sind neuerdings jeder Verhöhnung entbehrende Gerüchte bezüglich der Haltung Deutschlands in der kretischen Frage im Umlauf. Nun hat die Petersburger „Woswje Wremja“ hierin einen neuen Stoff für ihre Verdächtigungen gefunden und läßt die Hege von ihren Mitarbeitern in London und Konstantinopel einleiten. Der Londoner Berichterstatter erzählt, daß nach einem Schwanden die Jungtürken entschieden gegen das politisch gefährliche und wirtschaftlich schädliche Bündnis mit Deutschland und Oesterreich Einspruch erhoben hätten. Der Grund zu diesem Stimmungswandel sei, daß diese Staaten Griechenland zu einem neuen Raube an türkischem Gebiet anknüpfen. Griechenland will sich offenbar nicht mit Kreta begnügen, sondern auch Epirus und einen Teil von Mazedonien haben. Der Konstantinopeler Mitarbeiter meldet, unter dem Druck der deutschen Diplomatie habe sich die kretische Frage in den letzten Tagen ausgepielt, daher schlage die türkische Presse einen scharfen Ton gegen Griechenland an.

Schule.

Die Aufnahme von Volksschülern in höhere Lehranstalten hat der Kultusminister zum Gegenstand folgenden Erlasses an die Bezirksregierungen gemacht.
„Nach den von den königlichen Regierungen auf den Erlass vom 25. Juni 1908 erteilten Bescheiden wird die Aufnahme von Schülern der Volksschule in die unterste Klasse der höheren Lehranstalten überwiegend nach Ablauf des 3. oder 4. Schuljahres erreicht. Die königlichen Regierungen veranlassen, daß nach auszuweisen, worauf dieser Unterschied betrifft des Zeitpunktes der Aufnahme beruht, und unter welchen Voraussetzungen die Aufnahme nach Ablauf des 3. Schuljahres erreicht wird. Zugleich ist zu erörtern, ob, wie von mancher Seite gewünscht wird, die Aufnahme allgemein nach 3 Jahren erreichbar zu machen ist, welche Anstalten im Unterrichts- und Lehrplan der unteren Klassen der Volksschule zu diesem Zweck erforderlich wären, und ob solche Änderungen ohne Benachteiligung der Ausbildung der großen Mehrheit der Schüler ausführbar sein würden.“

Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins.

Sonntag, den 30. d. M., beginnt die 11. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins in Hamburg. Bei dieser Tagung werden zum erstenmal die pro facultate docti geprüften Lehrerinnen, d. h. diejenigen, nach deren Befähigung wie die Gymnasiallehrer ihre Universitätsstudien absolviert haben, eine Sitzung abhalten. Sie haben sich im Laufe der letzten zehn Monate zum erstenmal, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Diesmal handelt es sich besonders um ihre Stellung zum Aprilerlass des Kultusministeriums, nach dem Lehrerinnen mit zweijähriger Schulpraxis und darauffolgendem Studium von sechs Semestern zum Staatsexamen zugelassen werden sollen. Das bedeutet eine Bevorzugung der Lehrerinnen gegenüber den Mittelschullehrern, die nie vom Abiturium dispensiert werden, während ihre Examen bis jetzt über dem wissenschaftlichen Lehrerinnenexamen steht.

Allgemeine Mitteilungen.

Zur das glückliche Zustandekommen des Lehrerbildungsgesetzes hat der geschäftsführende Ausschuss des preussischen Lehrervereins den Ministern Sölle und Fritzen, v. Rheinbaben sowie dem Ministerialdirektor D. Schmeitzner den Dank der preussischen Lehrerschaft telegraphisch übermittelt.
Die Volkswirtschaften, die von einem Postamt der Reichspost in Bayern oder Württemberg ausgeht, sind jetzt nicht bloß im ganzen Deutschen Reich, sondern auch im Gebiet der Deutsch-Südbaltischen, in Oesterreich, Belgien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Schweden und in der Schweiz. Sie werden in allen diesen Ländern bei der Ausübung von Postleistungen als vollständige Ausweispapiere angesehen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

97. Sitzung vom Donnerstag, 27. Mai.
Am Ministertisch: Breitenbach, Kommissare.
Vizepräsident Dr. Krause eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Wahlprüfungen.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beschließt das Haus entsprechend der Resolution der Wahlprüfungskommission Beweiserhebung über die Wahlen der Abg. Wüchtemann (fr. Sp.) und Wagner (fr. Sp.) im Wahlkreis Hirschberg, Schönau.
Es folgt die Prüfung der Wahlen der Abg. Meyer-Rottmannsdorf (fr.), Wolfswitz (fr.) und Karow (fr.) im Wahlkreis Danzig.
Die Kommission beantragt, die Wahlen für gültig zu erklären, aber eine Resolution anzunehmen, nach der die Regierung Erhebungen anstellen soll, ob in dem Kreise Danziger Niederung den vereinigten Parteien des Zentrums und der Konservativen gestattet war, Wählerlisten zu nehmen, während es den Liberalen verwehrt war. Befriedigend sollen Anweisungen getroffen werden, die eine solche ungleiche Behandlung der Parteien für die Zukunft unmöglich machen.
Die Wahlen werden für gültig erklärt und die Resolution angenommen.
Es folgt Bericht der Geschäftsordnungskommission über des Eruchens des Untersuchungskommissars bei der königlichen Regierung in Breslau um Erteilung einer schriftl. bezw. Verberendung der Petition des Volkstheaters in Breslau.

Abg. Kirch (Ztr.)

beantragt Abweisung des Punktes von der heutigen Tagesordnung.
Abg. Tezger (fr. Sp.)

unterstützt lebhaft diesen Antrag. Es handelt sich hier um prinzipielle Punkte.

Das Haus beschließt die Ablegung des Punktes von der Tagesordnung.

Schuldverbahnvorlage.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Eisenbahn-Anleihegesetzes.
In der allgemeinen Debatte fordert Abg. Gersenoth (fr.)

weiteren Ausschluß des Westermades.
Abg. Dr. König-Cresfeld (Ztr.) wünscht Schnellzugverbesserungen für Crefeld.
Abg. v. Bülow-Hornburg (fr.) wendet sich gegen den Vorstoß des Abg. Nilsch, die Wäberzüge Wiesbaden-Hörsing-Homburg-Kaufheim in Frankfurt a. M. halten zu lassen.

Abg. v. Stokhausen (fr.)

verlangt eine Bahn von Groß-Almerode in Hessen nordwärts.
Abg. Rischthay (Ztr.) fordert bessere Bahnverbindungen für seinen Wahlkreis.
Abg. Bartling (fr.) befürwortet eine Petition auf Erbauung einer Bahn im Westermad von Remwid nach Hartenberg. Der Bau sei schon vor 10 Jahren geplant gewesen, aber nicht ausgeführt. Ein dringendes Bedürfnis für die Bahn sei vorhanden, die Rentabilität der Bahn sei auch gesichert. (Beifall.)

Abg. Bremer (fr.)

wünscht eine Bahn von Marggrabow nach Czochowan.
Abg. Dr. Friedberg (ntl.)

bittet den Minister, bei Konzeptionierungen von elektrischen Privatbahnen mit Wohlwollen vorzugehen. Er würde sich dadurch ein Verdienst um die Industrie erwerben.

Abg. Cahnstyn (Ztr.)

verlangt bessere Erschließung des Westermades durch Bahnen.
Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Sp.) wünscht einen Ausbau des Berliner Vorortverkehrs. Das ließe sich ermöglichen, wenn auf geistlichem Wege dem Eisenbahnminister ein Teil des Wertzuwachses der abzusierenden Ländereien zugesichert würde. Wertzuwachsteuer sind ja jetzt außerordentlich populär. Weshalb sollte sich da die Eisenbahnverwaltung nicht auch dieses Mittels bedienen, um Gelder zur Befreiung von Wäberhänden zu bekommen.

Das Gesetz wird in dritter Lesung verabschiedet, ebenso — ohne Debatte — der Gesetzentwurf betr. die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Sachsen und Ostpreußen und einiger Amtsgerichtsbezirke im Oberlandesgerichtsbezirke Königsberg.
Es folgt die Beratung des Antrags des Abg. Bartling (ntl.) betreffend

Staatshilfe für die durch die diesjährigen Heberschwemmungen geschädigten Gegenden.

Unterstaatssekretär von Dombrowski:

Die Staatsregierung ist schon in der im Antrage gewünschten Weise vorgegangen. Die private Wohltätigkeit hat in stark erfreulicher Weise eingeleitet, so daß die Schäden, die Privatpersonen erlitten haben, dadurch gedeckt werden können. Das Komitee in Berlin hat allein über 2 Millionen aufgebracht. Für den Staat wird es sich in der Hauptsache nur um die Schäden handeln, die an öffentlichen Anlagen, Dämmen, Dämmen usw. entstanden sind, und da, wo die öffentlichen Verbände unterhalten sind, aus eigener Kraft die Schäden zu decken, wo auch wir bei Privatpersonen einwirken können, wo eine Gewährung der wirtschaftlichen Vorkümpfen so sein, vom Staat an die Provinzen, von da an die Kreise, und die Kreise sollen die Beihilfen weiter abfließen an die geschädigten Verbände oder Privatpersonen. 85 Proz. sollen zurückgezahlt werden, während 15 Proz. erlassen werden sollen für den gebührenden Ausfall. In der Kommission ist ein anderer Verteilungsmodus gewünscht worden. Da durch diesen neuen Modus einzelne Kosten verursacht werden, haben wir dagegen nichts einzuwenden, zumal sich danach auch das Geschäft schneller abwickelt. Selbstverständlich kann es sich bei Gewährung der Entschädigung nur um vorhandene gewesene Dinge handeln, keineswegs können hier neue Projekte mit in Verbindung gebracht werden. Wir wollen zunächst die Mittel außerordentlich geben, in der Hoffnung, daß das Haus die nachträgliche Genehmigung geben wird. Ich will hoffen, daß auch die Kommunalverbände ihre Beihilfen in dieser Sache möglichst schnell lassen. (Beifall.)

Abg. von Jagow (fr.)

dankt der Regierung für die rasche und ausreichende Hilfe im Kreise Oterburg. Auch die private Mithätigkeit habe sich im besten Lichte gezeigt. Durch Sammlungen seien 740 000 Mark eingekommen, außerdem noch zahlreiche Kleider, viel Futtermittel usw.

Abg. Bartling (ntl.)

spricht ebenfalls der Regierung seinen Dank aus. Hoffentlich werde der Antrag einstimmig angenommen.

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.)

bittet um Hochwasser-Entschädigung für seinen Wahlkreis Warburg. Der Antrag wird angenommen nach dem Vorstoß der Kommission.
Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Handwege im Regierungsbezirk Cassel. Die Unterhaltspflicht für Binnalwege soll von den Gemeinden auf die Kreise übertragen werden.
Abg. Geim (ntl.) empfiehlt die Annahme der Vorlage.
Abg. Dr. Wendland (ntl.)

klagt über zu hohe Abgabenlasten der Stadt Eismewe. Während die Abgebaukosten des Kreises sich nur um 28 Proz. erhöht haben, sind die der Stadt Eismewe um 53 Proz. gestiegen. Unter der Voraussetzung, daß die Städte nicht unbillig behandelt werden, sei er mit dem Gesetz einverstanden.
Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung genehmigt.
Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen. Die Vorlage will die Gemeinden ermächtigen, von den Arbeitgebern für jeden gewerblichen Fortbildungsschüler bis 10 Mark, für jeden kaufmännischen bis 30 Mark Beitrag zu erheben.

Abg. Dr. Lufsenitz (ntl.)

erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem Gesetz.
Abg. Geyer (Ztr.):

Auch wir werden dem Gesetz zustimmen.
Handelsminister Dr. Delbrück gibt noch einige Erläuterungen zu der Vorlage. Bisher waren die Gemeinden und weiteren Kommunalverbände berechtigt, für Erziehung von Fortbildungsschulen Beiträge von den Arbeitgebern zu erheben; ob sie auch besagt waren, zur Unterhaltung dieser Schulen Beiträge zu erheben, war juristisch

zweifelhaft. Dieser Rechtsunsicherheit will die Vorlage ein Ende machen.

Abg. v. Pappenheim (fr.):

Angelehnt der Tatsache, daß im anderen Hause längst Anordnungen wegen einer Vorkostung des Fortbildungsschulwesens Kultusministerium laut geworden sind, werden meine Freunde der Vorlage nur in der Voraussetzung zustimmen, daß es bei dem bewährten Zustand bleibt und das Fortbildungsschulwesen vom Kultusministerium nicht abgetrennt wird.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Auch wir lehnen die Vorkostung des gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulwesens vom Kultusministerium ab. Es geht die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen zum Kultusministerium über, während die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen zum Kultusministerium übergehen. Die Beschränkung der Beiträge sind wir einverstanden; in dieser Beziehung zeigt sich in der Tat der Minister.
Das Gesetz wird in erster und zweiter Beratung genehmigt.

Es folgt die Beratung des Antrages Hammer (fr.) betr. Bildung von Kleinhandelsauschüssen bei den Handelskammern. Die Handels- und Gewerbeämter sind eine Resolution angenommen, die der Regierung Richtlinien gibt für die Bildung solcher Ausschüsse im Verwaltungswesen.
Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt angelehnt der schwachen Befugnis des Hauses und der Wichtigkeit des Gegenstandes Ablegung dieses Gegenstandes.

Abg. Hammer (fr.)

tritt diesem Antrag entgegen. Es handle sich um kein Gesetz, sondern um eine von der Regierung zu richtende Resolution, die über die in der Kommission sehr eingehend geprüft worden, also durchaus spruchreif sei.

Abg. v. Pappenheim (fr.):

Es geht unmöglich, daß Gegenstände, die ein gut befestigtes Haus auf die Tagesordnung gesetzt hat, auf den Wunsch dieses oder jenes Abgeordneten zurückgeh abgelehnt werden. Der Antrag ist so gründlich in der Kommission verhandelt worden, daß es nicht mehr abgelehnt werden könnte, selbst wenn niemand zugegen wäre außer dem Präsidenten, den Schriftführern und den Stenographen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.)

hält jenen Antrag aufrecht, da es sich nicht um eine gewöhnliche Resolution, sondern um eine solche handle, die der Regierung Richtlinien gibt.
Der Antrag Müller-Sagan wird abgelehnt. Zur Begründung seines Antrages bemerkt

Abg. Hammer (fr.):

Die Verhandlungen in der Kommission sind sehr fruchtbar gewesen. Wir sind damit innerlich, daß versucht wird, zunächst im Verwaltungswesen das zu erreichen, was unser Antrag im Wege der Gesetzgebung zu erzielen wünschte. (Beifall rechts.)

Abg. Lufsenitz (ntl.):

Vertretungen können die Kleinhandeltreibenden beanspruchen. Was den Arbeitern recht, ist ihnen billig. Wir stimmen der Resolution zu, bitten den Minister aber, sich nicht unbedingt an die Einzelheiten zu halten, denn einzelne Bestimmungen der Resolution lösen sich nicht wirklich durchführen. z. B. nicht die, daß ein Drittel der Mitglieder der Handelskammer aus Kleinhandeltreibenden stammen müsse. Mit Recht hat auch schon der Abg. Jurn in sehr interessanter Weise auf die Verhältnisse bei der Handelskammer Sorau hingewiesen und nachgewiesen, daß dort die kleinen Handeltreibenden in sehr wirksamer Weise vertreten sind, daß sie sogar eine Vertretung im Deutschen Handeltreibendenrat erhalten hätten. Diese Verhältnisse in Sorau scheinen mir vorbildlich zu sein. (Beifall.)

Abg. Dr. Gerschl (fr. Sp.):

Wir stellen uns die Handelsauschüsse etwas anders vor als der Abg. Hammer. Wir wollen nicht, daß die Handelskammern alle Streitfragen zwischen Regierung und den Kleinhandelsauschüssen lösen, sondern wir wollen, daß unbedingt die Handelskammern die Gesamtinteressen des Handels vertreten. Gegen den Antrag Hammer hatten wir Bedenken. Ich bin aber in der Kommission die Gültigkeit ausgesprochen worden. In der jetzigen Fassung nach der Kommission erhoffen wir eine günstige Wirkung von ihm. (Beifall links.)

Abg. König-Cresfeld (Ztr.):

Wir meinen, daß auf dem vorgeschlagenen Wege etwas erreicht werden muß, und wir glauben, daß, wenn die Resolution der Kommission angenommen wird, wirklich von der Regierung etwas geschehen wird. An der Eintigkeit des Handelsstandes soll die Bildung von Kleinhandelsauschüssen nicht rütteln. Da bisher schon 20 Handelskammern diese Ausschüsse eingeführt haben, und zwar aus eigenem Antrieb, ist ein Beweis dafür, daß die Kleinhandelsauschüsse das Interesse der Großhandlung nicht tangieren. Der Antrag Hammer wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags des Abg. Dr. Helfer (Ztr.) auf Gewährung von Staatsbeihilfen für Grenzgemeinden (Ztr.). Der Antrag erludt die Regierung, zu erörtern, ob sie künftig Mittel für diesen Zweck bereitstellen wolle. Die Kommission hat den Antrag einstimmig gebilligt mit Rücksicht darauf, daß die Grenzgemeinden infolge der Abweisung mittelbarer Deutscher aus dem Auslande besonders bedrückt werden.
Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Ein Antrag des Abg. Brütt (fr.) erludt die Regierung, darauf zu achten, daß die Verpackung des Bahnhofsbuchhandels freizügig, höchstens auf 3 Jahre, erfolgt, daß der Verpackungstermin rechtzeitig beauftragt wird, und daß die Verpackung öffentlich und zwar in der Regel an den Reichsbahnen erfolgt.
Abg. Brütt (fr.)

begründet den Antrag. Die heutige Monopolisierung des Bahnhofsbuchhandels sei ein schwerer Mißstand. Der Antrag werde in unmöglich, zugleich aber auch der Bahnverwaltung nicht unbedenkliche Maßnahmen bringen.

Abg. König-Guben (ntl.):

Es ist gar nicht unsere Sache, uns in die Verträge einzumischen, die die Regierung hier abgeschlossen hat. (Wol rechts.) Sie (nach rechts) flagen immer über das Submissionswesen. Hier würde es solche Blüten treiben. Der Staat würde, seine Leute dabei spinnen, sondern sich in sein eigenes Netz kneten. Es ist besonders zu begründen, wenn Gehälte sich vom Vater auf den Sohn vererben. Man sollte die Leute, die jetzt den Buchhandel haben, nicht von ihrer Erbschaft vertreiben.

Ein Regierungskommissar

weist auf die Bedenken hin, die der Durchführung des Antrages entgegenstehen. Es liegt nicht im Interesse des Bahnhofsbuchhandels, daß die Buchhändler oft wechseln, was der Staat zur Folge haben würde. Mißstände können wir durch eine eingehende Kontrolle und Aufsicht der Bahnhofsbuchhandlungen beseitigen, und diese Kontrolle soll ausgebaut werden.

Abg. Träger (H. Sp.):

Wir schließen uns der Anknüpfung des Regierungsvortreters an. Wölgar ist es gewiß nicht, diesen Antrag angeht der Ges...
Abg. Ullrich (Hr.):
Der Antrag ist in der vorliegenden Form nicht annehmbar.

Abg. Ullrich (Hr.):

Der Antrag ist in der vorliegenden Form nicht annehmbar. Es mögen Mißstände bestehen, der Antrag wird sie aber nicht beseitigen.

Abg. Stroffer (Kon.):

Natürlich können als Bahnhofsbuchhändler nur zuverlässige Personen gewählt werden, die eine große Erfahrung haben, und die ihr Geschäft sorgfältig und höchstens auf drei Jahre laufen lassen.

Abg. Schiffer (Hr.):

Es ist mit den vorgeschlagenen Änderungen seines Antrages einverstanden.

Abg. Schiffer (Hr.):

Es ist die Bestimmung zu freizehen, daß der Revisionsbericht bei der Genehmigung der Form wird der Antrag mit schwacher Majorität angenommen.

Abg. Hammer (Kon.):

Es folgt die Beratung eines Antrages Hammer (Kon.), der eine möglichst baldige Beilegung der steuerlichen Bevormundung der Zirkular im Kommunalabgabengesetz und im Gewerbesteuergesetz fordert.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt statt des Antrages Hammer die möglichst baldige Einbringung einer Vorlage, die die Verteilung des Gewerbesteuerertrages auf die verschiedenen steuerberechtigten Gemeinden in einer der wirtschaftlichen Bedeutung der Zirkular entsprechenden Weise ermöglicht.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Abg. Hammer (Kon.):

Die Kommission beantragt die Vorlage soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach an Stelle des Einkommens der Einkommenssteuer die Verteilung zurunde gelegt wird.

Diplomatische Fähigkeiten zu zeigen und ist daher für die auswärtige Politik Russlands „ein unbeschriebenes Blatt“.

Die Hinrichtungen in Konstantinopel.

Mit ungeminderter Energie gehen die jungtürkischen Sieger ihr Radewerk fort. Täglich wird von neuen Verurteilungen und Urteilsvollstreckungen berichtet.

Konstantinopel, 27. Mai. Heute in aller Fröhe sind wieder drei zehn kriegsgerichtlich verurteilte Reaktionsäre öffentlich gehängt worden.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 28. Mai.

Hallischer Lehrverein.

In der letzten Sitzung des Hallischen Lehrvereins am 25. d. Mts. sprach Herr M. Mansfeld über das jetzt aktuelle Thema:

„Die Schundliteratur.“

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Groß-Reinemachen zu Pfingsten.

Wer bekommt nicht einen Schüttelstöß schon bei der bloßen Reinigung des Raumes? Rahe Wade, frisch gekehrte Dielen, tauschen vor dem geliebten Auge aus.

Pfingsten heißt vor der Tür und unsere Hausfrauen rüsten sich zum kommenden Feste. Schiller ist nicht in seiner unterirdischen „Globe“ das Warten der Hausfrau zu Pfingsten so schön.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Der Vortrageabend gab zunächst einen kurzen Rückblick über minderwertige oder schlechte literarische Erzeugnisse früherer Zeiten und ging dann über zur Sphäre und Beurteilung der modernen Schundliteratur.

Einige...
Einige...
Einige...

Einige...
Einige...
Einige...

Einige...
Einige...
Einige...

Einige...
Einige...
Einige...

Main table containing various stock market listings, including sections for 'Dtsch. Fr. u. Staats-Pap.', 'Eisenbahn-Stamm-Aktien', 'Bank-Aktien', 'Deutsche Löss', 'Schiffbau-Aktien', and 'Wechselkurse'. Each section lists company names, stock types, and prices.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional publication information.